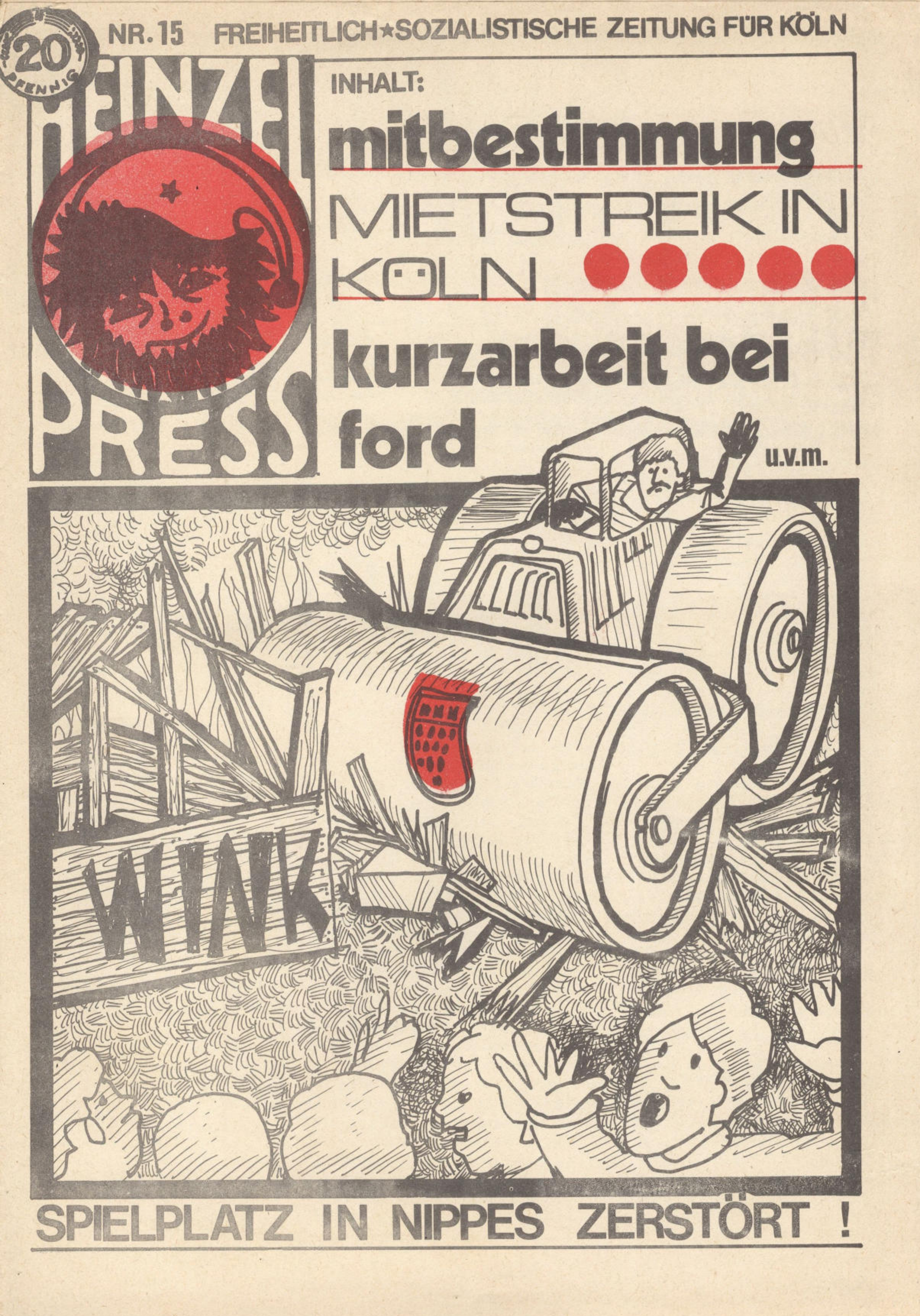

20 PFENNIG
NR. 15
FREIHEITLICH★SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KÖLN
HEINZEL
PRESS
INHALT:
mitbestimmung
MIETSTREIK IN KÖLN
kurzarbeit bei ford
u.v.m.
WINK
SPIELPLATZ IN NIPPES ZERSTÖRT !

STADT ZERSTÖRT SPIELPLATZ



Geplant und gebaut werden: Straßen, Parkhäuser, Bürohäuser, Kaufhäuser, Banken und Versicherungen. Wohnviertel sollen zerstört und an ihre Stelle sollen Betonklötze treten. So oder ähnlich hat man es mit dem Friesenviertel, der Werderstr. und auch mit Nippes vor. Bei all diesen Plänen stehen die Lebensinteressen der Bevölkerung immer hinter der Geldgier von Stadt, Versicherungs- und Kaufhauskonzernen zurück. So existieren große Pläne, nach denen in Nippes z.B. ein Einkaufszentrum mit Parkhaus, Tiefgaragen und so weiter geschaffen werden soll. Für die über 5000 Kinder ist jedoch erst für 1975 <u>ein einziger</u> Bauspielplatz geplant. Mit seinem Bau ist in Wirklichkeit frühestens 1977 zu rechnen.

Zusammenschluß

Viele Nippeser Bürger erkannten das Problem und schlossen sich zusammen, um ihren Kindern schon heute eine sinnvolle Spielanlage zu schaffen. Kinder, die heute vernünftig spielen wollen, kann man schlecht bis 1977 vertrösten. Im Juni "besetzten" diese Bürger den Leipziger Platz, um dort einen Bauspielplatz zu eröffnen. Holz wurde angefahren, anderes Material und Werkzeug wurde besorgt, ein provisorischer Zaun wurde gezogen und sehr schnell begannen die Kinder begeistert zu spielen und sich die phantasievollsten Hütten zu bauen. Bis zu 2oo Kinder waren täglich auf dem Platz und wurden dort pädagogisch betreut.

Die Stadtverordneten der SPD, Pfleghar und Herterich, hatten dem Treiben zunächst skeptisch zugesehen, traten jedoch, nachdem zu erkennen war, daß die Aktivitäten der Bürgerinitiative Erfolg hatten und von der übrigen Bevölkerung positiv aufgenommen wurden, dem Verein bei. Inzwischen hatte man nämlich einen Verein gegründet, der die organisatorische, pädagogische und technische Weiterführung des Platzes gewährleisten sollte. Der Verein nannte sich WINK (<u>W</u>ohin <u>I</u>n <u>N</u>ippes <u>K</u>inder). Die Stadtverordneten unterstützten also nun die ganze Angelegenheit, wenn auch nur mit großen Worten und Versprechungen wie z.B.:

regelmäßige Müllabfuhr durch das Grünflächenamt,
Toilettenwagen,
ein stabiler Zaun und
eventuell finanzielle Unterstützung.

Jugendliche

Die anfänglichen Erfolge des Bauspielplatzes wurden nach etwa drei Monaten durch größere Schwierigkeiten mit den Jugendlichen aus der Umgegend und in der Folge davon auch mit den Anwohnern abgelöst. Da die Stadt bis heute in Nippes (wie in den meisten anderen Stadtteilen auch) kein brauchbares Jugendzentrum geschaffen hat, wurde der Leipziger Platz, der immer schon ein Treffpunkt der Jugendlichen gewesen war, immer mehr zu einem An-

ziehungspunkt für Gruppen die den Bauspielplatz als Aggressionszentrum benutzten und dort die Hütten der Kinder und eine große Baubude zerstörten.

Hinhaltetaktik der Stadt

Der damit verbundene nächtliche Lärm und der Anblick des Trümmerhaufens, den die Jugendlichen zurückließen, erreg- das Mißfallen einiger unmittelbarer Anwohner des Leipziger Platzes. Sehr bezeichnend war wieder einmal das Verhalten der Stadt in dieser Situation. Sie beobachtete offenbar mit Freude die Schwierigkeiten des WINK und wandte die bewährte Hinhaltetaktik an. Sie sagte großzügig Hilfe zu, hielt ihre Zusagen dann aber nicht ein und verhindert e so eine schnelle Beseitigung der Mißstände. So wurde z.B. der versprochene Wagen zum Abtransport von überflüssigem und unbrauchbarem Holz kurzfristig abgesagt. An einem Donnerstag wurde für den folgenden Montag der Bau eines stabilen Zauns durch das Grünflächenamt zugesagt. Als der Montag da war, wurde die Zusage kurzerhand für null und nichtig erklärt. Dadurch verschleppten sich die geplanten Aufräumungsarbeiten unnötig lange und der Unmut der Anwohner verstärkte sich weiter. Schließlich kam es zur Bildung einer Initiative gegen den Bauspielplatz.
Um die gegensätzlichen Standpunkte zu klären, rief der WINK zu einer gemeinsamen Versammlung auf, bei der die Anwohner ihre Beschwerden vorbrachten. Es stellte sich heraus, daß neben dem "Müll"-Problem vor allem das Verhalten der Jugendlichen Anlaß des Ärgers waren. Das Jugendlichenproblem besteht aber schon seit langem und ist nicht erst im Zusammenhang mit dem Bauspielplatz aufgetreten.

Sündenbock der Stadt

Es ist auf ein fehlendes Jugendzentrum zurückzuführen, für das die Stadt schon längst hätte Sorge tragen müssen. Anstatt dessen machte die Stadt nun den WINK zum Sündenbock ihrer eigenen Fehler. Gleichzeitig spielte sie die Gegeninitiative in der "unabhängigen" Kölner Presse künstlich hoch, um diese als Vorwand zur Beseitigung des Bauspielplatzes vorschieben zu können. Und damit dieses Spiel auch gelingt, wird zunächst jedem nach dem Mund geredet, um nachher beide Seiten umso besser gegeneinander aufhetzen zu können. So stand die Stadt zum Beispiel mit dem WINK in Verhandlungen über einen Pachtvertrag für den Leipziger Platz, während sie gleichzeitig der Gegenseite feste Zusagen über den Abriß des Bauspielplatzes machte. Auf diese Art und Weise hoffte die Stadt den Leipziger Platz für ihre Pläne freizubekommen nämlich den Bau einer Tiefgarage. Diese Pläne unterstützt jedoch kein Nippeser Bürger, weder im WINK noch in der Gegeninitiative.
Als nun alle erkannt hatten, daß auf die Versprechungen der Stadt kein Verlaß war, griff der WINK endlich wieder zur Selbst hilfe. Im Rahmen einer Großaktion wurde der Platz gründlich aufgeräumt, ein fester Zaun wurde gezogen und neues Werkzeug wurde beschafft. Sofort erwachte wieder neues Leben auf dem Spielplatz, die Kinder griffen zum Werkzeug und bauten sich neue Hütten. Durch diese Aktion waren die Beschwerden der Anwohner gegenstandslos geworden. Der Platz war in einem vernünftigen Zustand und auch die Jugendlichen hielten sich zurück.
Die Stadt kümmerte das alles sehr wenig. Am 30.11. begann sie mit dem Abriß des Bauspielplatzes.
Vertretern von WINK und von der Gegeninitiative sassen sich noch ein zweites Mal zu einer Diskussion gegenüber. Das Treffen war von den Kölner Bürgerinitiativen organisiert worden um ein weiteres Gegeneinanderarbeiten der Gruppen zu verhindern, das die Stadt für ihre Zwecke ja schon, weidlich propagandistisch ausgenutzt hatte. Die Gruppen wurden sich einig das größte Problem, nämlich die Situation der Jugendlichen, von nun an gemeinsam anzugehen.

Fazit

Immer mehr Bürger erkennen, wie wichtig es ist, den Kindern PLätze zu schaffen, auf denen sie wirklich spielen können und nicht immer nur dieselbe stumpfsinnige Kletterstange rauf und runter turnen müssen. Unsere Kinder sollen keine passiven Einfaltspinsel werden, die nicht zu mehr imstande sind als in die Bildröhre zu glotzen und später alle paar Jahre ihr Wahlkreuzchen zu malen. Nun lassen sich natürlich Trottel viel besser regieren und genau deshalb fehlt es bei uns vorne und hinten an anständigen Spielmöglichkeiten. Im nächsten Frühjahr stehen Kommunalwahlen an . Ein will-

kommener Anlaß für jeden Abgeordneten, seine Bereitschaft für "Experimente", Offenheit für "alles Neue" und ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürger zu demonstrieren. Ergeben sich dann Konflikte, so gibt man kurzerhand beiden Seiten Recht, drückt sich um eindeutige Stellungnahmen herum und gibt möglichst großzügige Versprechungen zum Besten, um nur ja keine möglichen Wähler zu vergraulen.

Im Stillen arbeitet man derweil für die "höheren" politischen Interessen und spielt die Bürger gegeneinander aus. Seit man gemerkt hat, daß man den Bürgerinitiativen nicht beikommt, wenn man sie als linksradikal unterwandert oder ähnlich verleumdet hat man sich eine neue Taktik ausgedacht. Man behauptet nun, die Eigeninitiativen der Bürger verfolgten nur die engstirnigen, egoistischen Interessen einiger weniger auf Kosten der Gesamtheit. Die Herrschaften haben da wohl mehr ihre eigene Rolle im Hinterkopf gehabt.

Selbsthilfe

Der Stadt und den Parteien ist jegliche Eigeninitiative der Bürger unheimlich, da sie die Unfähigkeit dieser Institutionen deutlich macht. Eine Wahrnehmung der Interessen der Bürger ist jedenfalls von der Stadt sowenig zu erwarten wie von den Parteien. Diese vertreten nämlich nur ihre eigenen Interessen und das sind die des Kapitals.

MITBESTIMMUNG IST NICHT VIEL

Eine der meistdiskutierten gesellschaftspolitischen Fragen der letzten Zeit ist die Frage der MITBESTIMMUNG. Die Erweiterung der Mitbestimmung ist die zentrale Forderung des DGB an die Bundesregierung. Im Montanbereich, d.h. im Bergbau und der Stahlindustrie besteht die Mitbestimmung seit 1951. Das Montanmodell sieht vor, daß die Aufsichtsräte der großen Kapitalgesellschaften zur einen Hälfte von Arbeitgeber- zur anderen Hälfte von Arbeitnehmervertretern gebildet werden. Dazu kommen sogenannte "neutrale Mitglieder" die keiner der beiden Seiten angehören und "übergreifende öffentliche Interessen" wahrnehmen sollen. Daneben gibt es im Vorstand den Arbeitsdirektor, der für Personal- und Sozialfragen zuständig ist. Er kann nicht gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter eingesetzt bzw. abgesetzt werden. Insgesamt sollen durch die Mitbestimmung innerbetriebliche Entscheidungsprozesse demokratisiert werden.

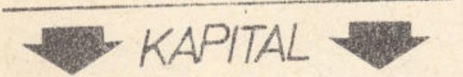


"Wollen Sie lieber den roten Schraubenzieher oder den gelben ? Sie sollen jetzt nämlich mitbestimmen."

PARTEIEN

Soweit zum Montanmodell, das der DGB auf alle Großbetriebe ausdehnen möchte Die Parteien haben da zum größten Teil andere Vorstellungen. So will die FDP für die sogenannten "leitenden Angestellten", also eine verschwindend kleine Zahl von Managern, weitere Aufsichtsratsitze schaffen. In der CDU wurde auf dem letzten Parteitag wild um Richtige und falsche Paritäten gerangelt. Schließlich wurde der Katzer-Flügel, der das DGB-Modell ver-

trat, abserviert. Aber keine Sorge, spätestens zum nächsten Wahlkampf baut man diesen Flügel wieder auf, wenn auch nur kurz. Interessant geht es auch in der SPD zu. Das Parteivolk, also hauptsächlich Arbeiter und Angestellte, hat von der Parteispitze mehrfach die Durchsetzung des DGB Modells verlangt. Die Parteiführung, die stets bemüht ist, eine den Kapitalisten wohlgefällige Politik zu betreiben, drückt sich um eindeutige Aussagen herum und mauschelt mit der FDP hinter den Kulissen faule Kompromisse aus.



KAPITAL

Was erwartet der DGB eigentlich von der Einführung der Mitbestimmung in allen Großbetrieben? In einer DGB-Broschüre zu diesem Thema heißt es: "Entscheidend ist nach Auffassung der Gewerkschaften allerdings die Anerkennung der Gleichberechtigung der Interessen der Kapitalgeber und Arbeitnehmer." Wie sehen diese Interessen, die der DGB als gleichrangig anerkannt sehen möchte, in der Praxis aus? Die Kapitaleigner stecken ihr Kapital in ein Unternehmen, um möglichst schnell möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Dazu ist es unter anderem erforderlich, die Kosten des Unternehmens möglichst gering zu halten.
Der Kapitalist hat also ein unmittelbares Interesse an möglichst niedrigen Löhnen und an rationeller Produktions weise, d.h. aus jedem Arbeiter möglichst viel Arbeitsleistung herauszuholen. Das bedeutet: hohe Bandgeschwindigkeiten bei der Fließbandarbeit, hohe Akkorde personelle Unterbesetzung sämtlicher Abteilungen usw., insgesamt also Leistungsdruck und Arbeitshetze. Allerdings lassen sich die Arbeiter längst nicht mehr alles gefallen und wehren sich, wenn es ihnen zu bunt wird, wie die spontanen Streiks der letzten Zeit bewiesen haben.
Sieht der Kapitalist sein Ziel, nämlich den Profit, aus irgendwelchen Gründen gefährdet, so zieht er sein Geld aus dem Unternehmen und legt es woanders an, z.B. dort, wo faschistische Diktaturen ein niedriges Lohnniveau garantieren: Brasilien, Griechenland, Portugal, Spanien usw.. Das bedeutet, daß Werke stillgelegt und massenhaft Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Genau das geschieht zur Zeit in der Textilindustrie.

ARBEITNEHMER

Das waren einige der "Interessen" der Kapitaleigner. Wie sieht es nun mit der Gegenseite, also den Interessen der Arbeiter und Angestellten aus? Diese Gruppe ist in erster Linie an einer gesicherten Existenz, an sicheren Arbeitsplätzen und an einer menschlichen Arbeitswelt, die die Arbeit nicht zu einer Strafe werden läßt, interessiert. Durch ihre Arbeit schaffen die Arbeiter und Angestellten den Reichtum der Gesellschaft und es ist nur gerecht, daß sie in den Genuß dieses Reichtums kommen wollen. Auf ein besseres Leben nach dem Tode zu warten, ist den meisten doch zu unsicher. Das [illegible] der meisten Menschen kann also nur in einer sozialen Ordnung bestehen, die der Gesellschaft und dem Einzelnen Wohlstand, Sicherheit und die Möglichkeit einer freien Entfaltung gewährleistet und zwar nicht nur einer kleinen Minderheit sondern allen in gleicher Weise.

MITBESTIMMUNG SCHEITERT



Läßt sich nun ein Gleichgewicht dieser verschiedenen Interessen herstellen, wie es offenbar dem DGB vorschwebt? Die eine Seite muß, um ihre Ziele durchzusetzen, die Arbeiter zu Nummern in ihrer Kalkulation erniedrigen, sie je nach Marktlage einstellen oder entlassen, ihre Löhne drücken die Preise hochtreiben, künstliche Krisen produzieren, ganze Werke stillegen usw.. Die andere Seite muß, um ihre Ziele zu verwirklichen, sich von eben dieser Herrschaft des Geldes befreien, die Gesellschaft auf eine neue Grundlage stellen und die zwischenmenschlichen Beziehungen, also auch die Arbeitswelt, nach den Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit und der gegenseitigen Hilfe organisieren. Das aber setzt die Befreiung von jeder Form der Fremdherrschaft voraus. Kein noch so ausgeklügelter Kompromiß ist imstande, diese gegensätzlichen Positionen zu versöhnen. Die Kapitalisten brauchen die Arbeiter, sind also zu Kompromissen bereit, ja sogar gezwungen. Wir brauchen die Kapitalisten nicht, jeder Kompromiß bedeutet die Preisgabe unserer Freiheit und Menschenwürde.

Und so haben denn auch die über 2o Jahre Erfahrung aus der Montanindustrie hinreichend

bewiesen, daß die Mitbestimmung mit Demokratisierung nichts zu tun hat, es sei denn man versteht darunter die Integration der Arbeitnehmer in das bestehende Ausbeutungssystem. Was hat die Montanmitbestimmung gebracht? Viele Funktionärsposten für Gewerkschaftsbonzen, die längst vergessen haben, wie eine Fabrik von innen aussieht. Stillegungen und Massenentlassungen zuerst im Bergbau, später in der Stahlindustrie konnten durch die Mitbestimmung nicht verhindert werden. Die spontanen Streiks, sowohl die von 1969 als auch die des vergangenen Jahres, hatten ihren Schwerpunkt und ihren Ursprung in der Montanindustrie. Ein endgültiger Beweis dafür, daß die Interessen der Arbeitnehmer in Aufsichtsräten nicht vertreten werden und auch gar nicht vertreten werden können. Der Soziologe Theo Pirker stellt dazu fest: "Die Mitbestimmung hat auf die allgemeinen betrieblichen Tendenzen wie Rekonzentration, Selbstfinanzierung der Unternehmen, Ausdehnung der betrieblichen Sozialpolitik keinen Einfluß gehabt, so daß sich die großen Unternehmen mit oder ohne Mitbestimmung, d.h. mit verschiedenen Betriebsverfassungen (z.B. Großchemie, Elektroindustrie) in diesen allgemeinen Tendenzen nicht unterscheiden." Weshalb also setzt der DGB seinen ganzen Apparat für eine solche Totgeburt ein? Theo Pirker: "Der ideologische Inhalt der Mitbestimmung kann als typisch bürokratisch-funktionaristisch bezeichnet werden." Auf gut deutsch: Die Mitbestimmung dient dem Gewerkschaftsapparat und letztlich den Unternehmern, weil sie in der Arbeiterschaft Illusionen über die wahren Machtverhältnisse in der Wirtschaft verbreitet. Wir haben von der Mitbestimmung nichts zu erwarten.

SELBST VERWALTUNG



Unser Ziel kann nur in der Selbstverwaltung bestehen, in der es kein oben und unten mehr gibt, sondern alle gemeinsam über ihre Belange entscheiden und alle Entscheidungen in wirklich demokratischer Weise getroffen werden. Die Arbeiter von LIP zeigen uns heute, wie ein solcher Betrieb funktioniert, die Arbeiter von Katalonien haben vor dem Sieg des spanischen Faschismus gezeigt, wie man ganze Industrien nach diesem Modell organisiert. Die Selbstverwaltung ist die einzige Organisationsform, in der wir unsere Interessen weder den Geldsäcken noch den Bürokraten und Funktionären unterordnen müssen. Machen wir die Selbstverwaltung zu unserem Ziel und uns werden Enttäuschungen mit Mitbestimmung und ähnlichem Krampf, wiw z.B. Vermögensbildung erspart bleiben.

Mitbestimmung ist nicht viel, SELBSTVERWALTUNG ist das Ziel !!!!!!!!!



DIE GRANDIOSE WIRKUNG DER

MITBESTIMMUNG

VORHER	NACHHER
PROFIT	PROFIT

MITBESTIMMUNG IN DER PRAXIS: rheinbraun

Die Rheinische Braunkohlenwerke AG Köln beschäftigt sich mit dem Abbau von Braunkohle und deren Weiterverarbeitung zu Briketts. Die Rheinbraun gehört somit in den Bereich der Montanindustrie, in der die qualifizierte Mitbestimmung bereits seit längerem verwirklicht ist. Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern. Rheinbraun ist eine 100 %ige Tochter des RWE, das nahezu vollständig in kommunalem Eigentum ist.

In diesem Unternehmen absolvierte ich eine 2 1/2 jährige kaufmännische Lehre, in der ich in viele Verwaltungs- und Produktionsbereiche der Firma Einblick gewinnen konnte. In keiner Abteilung war eine unmittelbare positive Auswirkung der Mitbestimmung erkennbar. Die Arbeitsbedingungen (Monotonie der Tätigkeiten, Arbeitsfülle, Akkordsysteme usw.) sind nicht besser als in anderen Betrieben. Die Arbeiter und Angestellten haben auch hier keinerlei Einfluß auf ihre Arbeitsbedingungen. Das Sagen im Betrieb hat weiter der Unternehmer bzw. seine Statthalter, die Vorstandsmitglieder. Sie sind die Halbgötter innerhalb des Unternehmens. Ihre Anordnungen sind zu befolgen, und die Meister und Abteilungsleiter achten geflissentlich darauf, daß die Befehle auch befolgt werden. Die Manager der Rheinbraun haben genauso ihre eigenen Kantinen mit besonderem Essen und auch eigene Fahrstühle wie Unternehmen ohne Mitbestimmung. Aber dafür sind die "sozialen Leistungen" besser. Das Mittagessen ist um ca. 10 Pf. billiger als in vergleichbaren Betriebskantinen. Zudem wird mehr für Unfallsicherheit am Arbeitsplatz geworben. Da soll noch einer sagen, die qualifiziert Mitbestimmung hätte den Rheinbraun-"Mitarbeitern" nichts gebracht.

GEWERKSCHAFTS BONZEN

Einer Gruppe hat sie auf jedenfall viel gebracht, den Gewerkschaftsbonzen. 10 Gewerkschafter können in den Aufsichtsrat gehievt werden. Natürlich schustern sich die Spitzenfunktionäre die Posten zu, zumal sie etliche Tausender hinzuverdienen können für eine Tätigkeit, die 4 mal im Jahr eine Viertel Stunde beansprucht. So sind denn fast alle regionalen Spitzenfunktionäre der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Aufsichtsrat. Da ist zum Beispiel Rudi Adams, SPD-Bundestagsabgeordneter oder Herrmann-Josef Brodüffel, SPD-Stadtrat von Frechen, Betriebsratsvorsitzender der Rheinbraun, Mitglied der "Großen Tarifkommission" der IGBE, vorgesehener Bundestagskandidat der SPD 1976. Dieser Herrmann-Josef Broduffel erklärte dann auch: "Geht es dem Unternehmen gut, dann geht es auch dem Arbeitnehmer gut."

Nach dieser Devise wird dann auch im Aufsichtsrat zwischen Kapitaleigner und "Arbeitnehmervertreter" kräftig geklüngelt. Da tut keiner dem anderen weh. Sie arbeiten alle zum Wohle des Unternehmens und damit des Unternehmers und auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Die Aufsichtsratssitzungen werden so schnell wie möglich abgehalten. Die Vorschläge und Entscheidungen des Vorstandes, also des Arbeitgebers, werden meist anstandslos abgesegnet.

AUFSICHTSRÄTE

Für alle Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte der Rheinbraun gibt es nur das eine Ziel, die Krönung ihrer Laufbahn: Aufsichtsratsmitglied. Die Interessen der Arbeiter, die man vorgibt zu vertreten, sind bei der Erreichung der Ziele zweitrangig.

Die besten Aussichten hat derjenige, der am besten den Arbeitsfrieden beschwören kann und jeden zweiten Satz die gleichberechtigte Partnerschaft von Unternehmern und Arbeitern feiert.

So wird denn der Betriebsrat auch als Sprungbrett für den Aufsichtsratsposten angesehen. Hier kann man beweisen, ob bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern das "partnerschaftliche" Denken und Handeln vorwiegt, d.h. konkret, Betriebsvereinbarungen abzuschliessen, die dem Unternehmer nicht weh tun.
Daß die Mitbestimmung nichts gebracht hat, haben die Ar-

beiter von Rheinbraun längst schon gemerkt. Die Arbeiter des Tagesbaus Fortuna dokumentierten dies, indem sie bei dem "wilden Streiks" 71 einige Betriebsratsmitglieder vermöbelten.

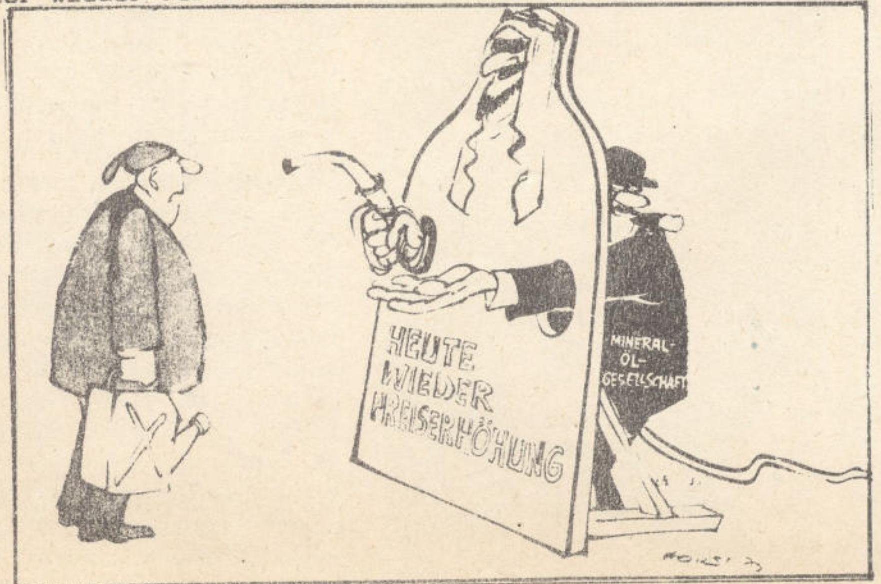
Im Jahre 1974 machen die Kölner Heinzelmenschen eine Veranstaltungsreihe zum Thema SELBSTVERWALTUNG. Auftakt dazu wird am 18. und 19. Januar um 20.00 Uhr im Heinzelhaus ein Film - Informations- und Diskussionsabend über LIP sein.

WIR WOLLEN ARBEITEN!

KURZARBEIT BEI FORD

Ein ominöses Pappschild machte seinerzeit in Deutsch lands Publikationsmitteln seine Runde(Fernsehen, Funk, Presse). Das war beim Auguststreik 1973 bei Ford-Köln. Ein Manager von Ford hatte es sich um den Bauch gehängt bei der sogenannten "Gegendemonstration der Arbeitswilligen" (Manager, Meister, Bullen) mit der Aufschrift:" Wir wollen arbeiten." Hier wurde ein Streik von Arbeitern, die um ihr Lebensminimum kämpften, brutal von der obengenannten Dreieinigkeit zusammengeknüppelt. Die Profite sind im Sack und drei Monate später ist der Arbeiter wieder der Dumme.

Jetzt machen die Kapitalisten den wilden Streik. Sie lassen Kurzarbeit machen. Sie schmeißen einfach 7.000 Arbeiter für eine Woche auf die Straße. Und im Januar soll es so weitergehen. Im Durchschnitt 120,- DM weniger im Monat für die Arbeiter und das bei einem Monatsdurchschnitt von 1.000,- DM. Der Wohlfahrtssatz einer 4-köpfigen Familie beträgt 1.350,- DM! Prost Neujahr! 1974 fängt "gut" an. Im EXpress vom 9.12.73 sprach der Werbedirektor von Ford von weiterer Kurzarbeit und Massenentlassungen in der Autoindustrie: Sie wären ein Stabilitätsfaktor zur Wiedergesundung der Industrie (für wen?). Begründung für die Kurzarbeit: Wirtschaftskrise, Ölkrise, falsche Modellpolitik. Die Frage: Wo ist die Mitschuld der Arbeiter? Waren sie zu faul, haben sie zu sehr mit ihrem reichhaltigen Löhnen um sich geschmissen, haben sie den Nahostkrieg angezettelt oder wollten sie die dicken Wagen zum Kostenpunkt von 20.000 DM für sich fabrizieren?



GESPIELTER NOTSTAND

Die Antwort wissen wir alle. Wirtschaftskrisen entstehen durch die ungeheure Raffsucht nach Profiten der Kapitalisten. Sie produzieren im Übermaß bei niedrigsten Kosten und höchstmöglichen Profiten und wundern sich dann das keine Kaufkraft mehr da ist. Selbst jeder Sonderschüler weiß heute, daß die "Ölkrise" keine Erpressung der Araber ist, sondern ein Geschäftstrick der Ölkonzerne. Hier machen Ölkonzerne und Regierung gemeinsame Sache um die Völker noch mehr auszunehmen. Hier wird die Bevölkerung durch einen gespiel-

ten Notstand auf das erbärmlichste ausgenommen. Die Preise sind teilweise um das doppelte gestiegen und sie werden noch weitersteigen. Trotzdem ist doppelt so viel Öl als im vorigen Jahr da. Die Tanks sind randvoll und die Tanker ankern beladen vor Englands Küste.
Tja, und dann die dicken Wagen. Man vertraute immer noch auf die Kreditwürdigkeit der vertrauensseligen Arbeiter. Das sie ihr Konto schon lange überzogen hatten, interessiert die Bonzen nicht. Ihr Fell soll wie so oft mal wieder herhalten.

ZIEL:
SELBST VERWALTUNG

Die Bonzen wissen man wieder nicht wie es weitergehen soll.
Wir aber wissen es!
1. Stufe: Radikale Beschneidung ihrer Profite durch kräftige Lohnerhöhungen. Wenn Kurzarbeit, dann bei vollem Lohnausgleich gleich, und wenn sie's nicht kapieren, dann her mit dem Schild: "Wir wollen arbeiten" und wir werden ihnen den Arsch wieder so heiß machen, wie bereits im August. (Übrigens eine Umfrage hat ergeben, die Manager und Bullen vom letzten Mal wollen diesmal nicht mehr mit dem Schild demonstrieren!)
2. Stufe: Die Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung und ihr werdet sehen, es gibt keine Krisen mehr, höchstens noch eine tödliche für die Kapitalisten. Lip in Frankreich hat es gezeigt!
PAROLE ALSO:
ARBEITER WAS TUN?
DIREKTE AKTION!

Ein Kölner Fordarbeiter

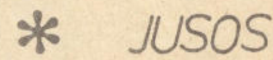


KIES-WEBER

Dem Kölner Bundestagsabgeordneten Hubert Weber (SPD) - im Volksmund nur noch "Kies-Weber" genannt- droht wegen seiner Machenschaften als juristischer Vertreter von Kiesgrubenbesitzern im Kölner Raum ein Parteiordnungsverfahren. Außerdem interessiert sich die Staatsanwaltschaft für Bestechungen bei der Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang. Aus gut unterrichteten Kreisen erfuhren wir, daß damit nur die Spitze eines Eisberges von Korruption bei den "Auskiesgenehmigungen" sichtbar wurde.
Öffentliche Interessen und Gelder versickern in "Volksvertreter" - Taschen. Das Ziel unseres Systems, die Profitmaximierung, setzt sich auch im parlamentarischen und bürokratischen Raum durch.



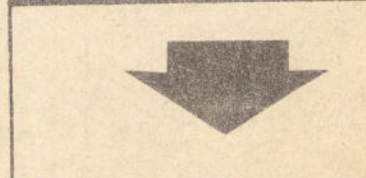
Aber keine Angst um Hubert Weber und Konsorten. Ihm wird schon nichts geschehen. Die anderen Parteien haben ja auch Dreck am Stecken und werden verhindern, daß allzuviel herauskommt.
Und selbst wenn! Selbst wenn er verurteilt würde von seinen Juristenkollegen, wenn er Mandat und Parteiämter verlieren würde; selbst dann wäre er ja immer noch 3mal besser dran als jeder Arbeiter oder kleine Angestellte, der morgen für morgen brav zur Arbeit geht und dann vielleicht heimlich ein schlechtes Gewissen hat, wenn seine Gewerkschaft mehr als 10% fordert.

ARME

JUSOS

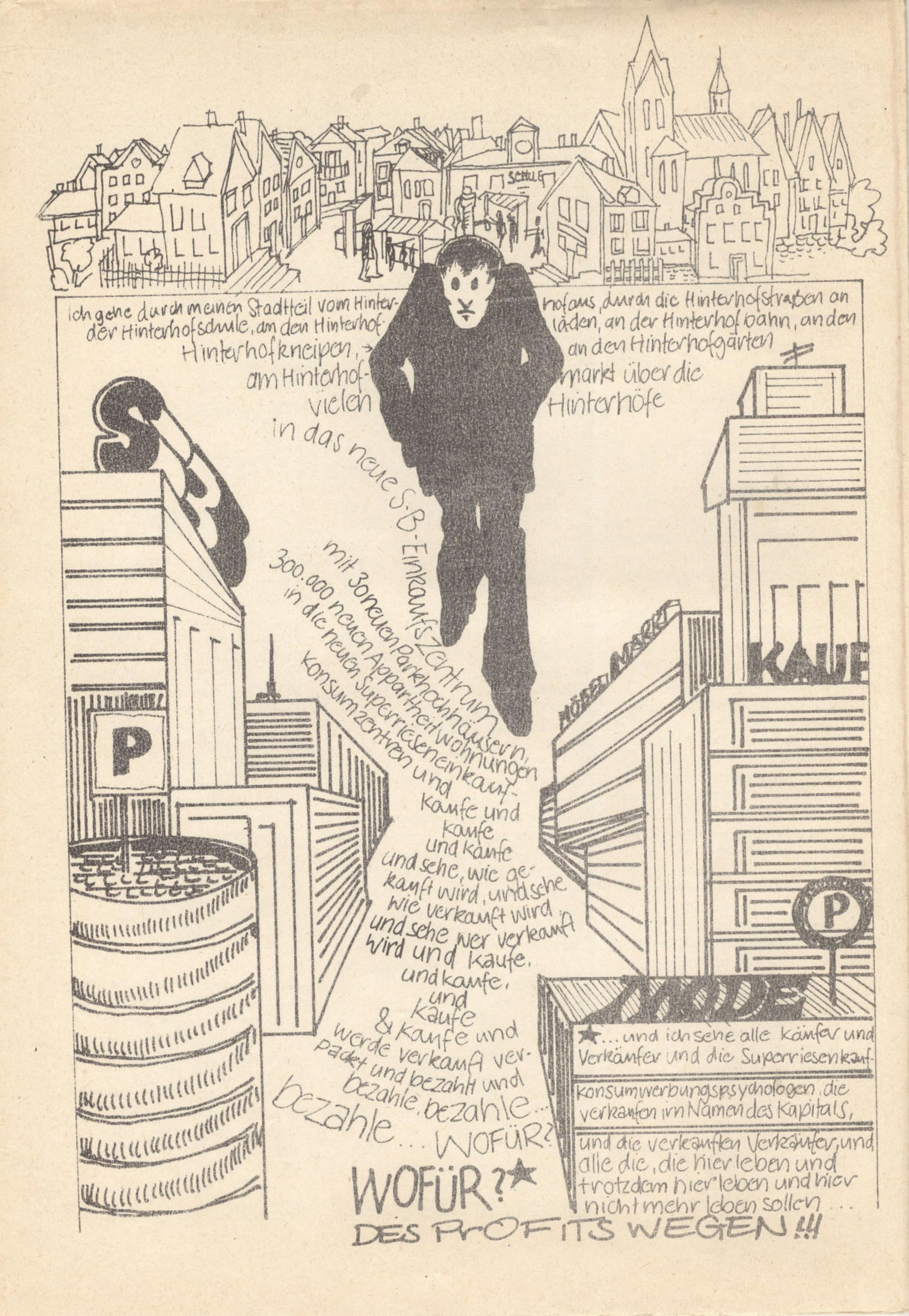
Hubert Weber war lange Zeit von den Jusos und den linken SPDlern in Köln unterstützt worden. Den Einzug des "progressiven Weber" werteten sie als ihren Erfolg.



Arme Jusos. Immer wieder gehen sie mit unerschütterlicher Naivität daran, neue progressive, linke Kandidaten aufzustellen. Um dann über kurz oder lang festzustellen, daß diese sich weder neu, noch progressiv noch links verhalten.
Erreicht wird nur, daß den verkalkten Strukturen unseres Patlamentarismus junge Leute zugeführt werden, die die Erhaltung eben dieser Strukturen erst möglich machen.



Solange es Herrschaft von Menschen über Menschen gibt gibt es Herrschende und die benehmen sich eben auch wie Herrscher.
Anstatt als Steigbügelhalter für immer neue Hubert Webers zu dienen, sollten die Jusos lieber mithelfen, eines Tages ohne diese auszukommen.


SCHULE
ich gehe durch meinen Stadtteil vom Hinter- hofaus, durch die Hinterhofstraßen an
der Hinterhofschule, an den Hinterhof- läden, an der Hinterhofbahn, an den
Hinterhofkneipen, an den Hinterhofgärten
am Hinterhof- markt über die
vielen Hinterhöfe
in das neue S.B-Einkaufszentrum
mit 30 neuen Parkhochhäusern,
300.000 neuen Appartheitwohnungen
in die neuen Superrieseneinkauf-
Konsumzentren und
kaufe und
kaufe
und kaufe
und sehe, wie ge-
kauft wird, und sehe
wie verkauft wird
und sehe wer verkauft
wird und kaufe.
und kaufe.
und
kaufe
& kaufe und
werde verkauft ver-
packt und bezahlt und
bezahle, bezahle...
bezahle... WOFÜR?
WOFÜR?★
SB
P
MÖBELMARKT
KAUF
P
MODE
★... und ich sehe alle Käufer und
Verkäufer und die Superriesenkauf-
konsumwerbungspsychologen, die
verkaufen im Namen des Kapitals,
und die verkauften Verkäufer, und
alle die, die hier leben und
trotzdem hier leben und hier
nicht mehr leben sollen ...
DES PrOFITS WEGEN !!!

MIETSTREIK KÖLNER STUDENTEN

Mietstreik in den Kölner Studentenwohnheimen! 1649 Studenten von Zahlungsbefehlen bedroht!

Seit Oktober 1972 wird in den Studentenwohnheimen des Kölner Studentenwerks e.V. wieder gestreikt. Wie kam es dazu?
Im Juni 72 schlossen die Studenten der Wohnheime nach einem einjährigen Mietstreik einen Kompromißmietvertrag mit dem Studentenwerk.
Teil des Vertrages: Das Land NRW deckt die Defizite im Wohnheimbereich ab. Die Miete darf nur dann erhöht werden, wenn das Stipendium erhöht worden ist.
Aber: Weder das Land noch das Studentenwerk hielten sich an die Zusage.
Das Land weigerte sich, weiterhin den Kapitaldienst (Zinsen für während des Baus aufgenommene Kredite) und die Verwaltungskosten zu übernehmen. Das machte zusammen 11,- DM, die uns als Mieterhöhung zum 1. Okt. 72 ins Haus flatterten.

MAßNAHMEN DER STADT

Die Bewohner der Studentenwohnheime traten daraufhin in den zweiten Mietstreik. Um den Steik möglichst schnell wieder zu brechen, erpresste das Land vom Studentenwerk Zahlungsbefehle. Das Land sperrte die Zahlung von Subventionen für das KSW und war erst bereit, die Gelder zu bewilligen, als das KSW Zahlungsbefehle verschickte, um die Mieten einzutreiben.

Wir legten Widerspruch ein und streikten unbeirrt weiter.
Schon bald, genauer zum 1. Mai 73 erfolgte die nächste Mieterhöhung.
Wir streikten weiter!
Am 6.6.73 wurde der erste Prozeß über einen Widerspruch entschieden. Wir hatten verloren.
Wir streikten weiter!

ZAHLUNGS BEFEHLE

Im September 73 verlangte das Land NRW erneut die Verschickung von Zahlungsbefehlen. Das KSW zögerte dies ein wenig hinaus. Was tat das Land? Es wurde brutal. Es sperrte knallhart die Gelder, die für die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten des Kölner Studentenwerks benötigt wurden.
Der Vorstand des KSW sah sich daraufhin gezwungen, die Bedingungen des Landes anzuerkennen und weitere Zahlungsbefehle zu verschicken!
Gegen die Zahlungsbefehle werden weiterhin Widersprüche eingelegt, obwohl ein Rechtsstreit den Studenten erhebliche Kosten bringen kann, wenn die Prozesse verloren gehen sollten.
In diesem Fall würden wir von weiteren Rechtsmaßnahmen bedroht:
Auf einen verlorenen Prozeß folgt die Zwangseintreibung der Schulden, darauf die Räumungsklage und zu guter letzt die Zwangsräumung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

WIR STREIKEN WEITER

Darauf müssen wir uns einrichten, das müssen wir verhindern! Deshalb streiken wir weiter! Wir ändern nur die Art unseres Streikes, indem wir uns nicht mehr nur auf juristischer Ebene mit den zuständigen Stellen auseinandersetzen, sondern gegen die Verantwortlichen, und das sind Politiker im Landtag, politisch vorgehen.
Wir versuchen, die Öffentlichkeit über unsere Probleme zu informieren, wir rufen die Studenten auf, zur Verwirklichung ihrer Interessen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.
Wir müssen unsere Aktionen als einen Kampf bezeichnen, da wir gezwungen werden, für unsere Existenx zu kämpfen. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sichert dem Einzelnen das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlickeit zu. Dazu gehört auch das Recht auf bestmöglichste Ausbil-

ung, das Recht auf Wohnen und das Recht auf Leben. Wenn solche Grundsätze durch Staatsapparate und Interessenklüngel der Herrschenden gefährdet wird, ist ein konsequenter Abwehrkampf notwendig und berechtigt, ist er nur Verteidigung auf einen brutalen Angriff- Unsere Strategie ist daher, die Studenten zu aktivieren, sich nicht in ihrem Streik einschüchtern zu lassen.

NEUE TAKTIK

Wir müssen weiterstreiken! Dazu brauchen wir Rückhalt bei der Bevölkerung, dazu müssen wir die werktätige Öffentlichkeit laufend über Zwangsmaßnahmen informieren. Deshalb er-richten wir wöchentlich in der Stadt Informationsstände.
Wir glauben, daß es sich selbst die Herrschenden leisten können, auf dem Rücken von Minderheiten ihre Politik zu betreiben, wenn ihnen klargemacht wird, daß die betroffene Minderheit sich in ihrem Kampf mit der werktätigen Bevölkerung verbindet und gemeinsam gegen soziale Mißstände und Unterdrückung von Interessen gekämpft wird.
Wir fordern von den Herrschenden, uns das zu geben, was wir brauchen und uns zusteht-

WIR FORDERN:

- Weg mit dem Kostendekkungsprinzip
- Weg mit unsozialen Mieten
- Weg mit Zwangsmaßnahmen
- Weg mit den Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Bevölkerung.

INDUSTRIE WILL BÜRGERINITIATIVEN UNTERWANDERN

Ein klares Licht auf die Tatik, die die Industrie gegenüber Bürgerinitiativen einnimmt, ~~zeit~~ der Ausspruch von Staatssekretär Hartkopf vom Innenministerium auf einer sogenannten "Umweltschutztagung", zu der charakteristischerweise fast nur Vertreter der Industrie geladen waren.
Auszug aus "Der Spiegel" 48/73

„Hält die Industrie es nicht für denkbar", so fragte der höchste Umweltbeamte, daß sie „nicht erst die Gründung einer Bürgerinitiative, die notgedrungen eine Antistellung haben muß, abwartet, sondern zu einem sehr frühen Zeitpunkt, vielleicht sogar mit einer Bürgerinitiative, die sie selbst trägt, zu einer gegenseitigen Abstimmung und Verständigung kommt?"

Auch die Kölner Bürgerinitiativen sollten auf der Hut sein. Da man sie nicht offen bekämpfen kann, weil sie zum Teil zu stark und populär geworden sind, versucht die Industrie und auch die staatliche Verwaltung auf andere Art und Weise, nämlich durch die Umarmungstatik, einen echten Widerstand gegen ihre Interessen zu verhindern.

Da tauchen dann freundliche Herren auf, sagen sehr oft wie gut sie die Bürgerinitiativen finden, bieten ihre fachliche und qualifizierte Mitarbeit an und führen die betroffenen Anwohner geschickt hinters Licht. Sie erfahren von schrecklichen Aussichten, wenn die Industrie ihre neuesten Pläne durchsetzt. Dann muß verhandelt werden. Die Experten setzen sich ein. Schließlich zeigt sich die Industrie gutwillig. Sie gibt scheinbar nach und baut nur einen Teil der gefürchteten Anlagen und die nur mit starken Vorsichtsmaßnahmen. So meinen die Bürger, noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. In Wirklichkeit hat die Industrie genau die Pläne durchgesetzt, die sie von vorneherein hatte. Alles andere waren taktische Tricks, um die Anwohner zu übertölpeln. Die Bürgerinitiativen werden mit Scheinaktivitäten beschäftigt, die "Experten"haben die Sache in der Hand, der Bürger ist der Dumme.
So kann es passieren, daß die Bürgerinitiativen zu Hilfsorganen der Industrie werden.
Wir sollten das zu verhindern wissen!

IMPRESSUM

HEINZELPRESS-VERLAG
5 Köln 1
Moltkestraße 27

Konto Nr. 14o938 bei
Kölner Bank von 1867
5 Köln 1, Heumarkt

Presserechtlich verantwortlich :
Heinzelpress
Redaktionskollektiv
brigitte mordstein
5 k 1, moltkestr. 27

Druck: HEINZELPRESS
TEL: 240222